

Posener Zeitung.

№ 64.

Sonnabend den 17. März.

1849.

Bekanntmachung.

Das General-Postamt hat bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt, nachdem das für deklarirte Geldsendungen zu zahlende Porto beträchtlich herabgesetzt worden ist, es im Interesse der Versender von Geldern und werthvollen Gegenständen liegt, den Werth solcher, der Post anvertrauter, Sendungen zu deklariren.

Dessen ungeachtet gelangen noch fortwährend Reklamationen wegen angeblich zur Post gelieferter, aber nicht an ihre Adresse gelangter Geldbriefe an das General-Postamt.

Die in Folge solcher Reklamationen angestellten Nachforschungen sind in der Regel erfolglos, weil in vielen Fällen nicht einmal die wirkliche Einlieferung der Briefe und Gelder außer Zweifel gestellt werden kann, überdies auch die Natur des Postdienstes nicht erlaubt, jeden gewöhnlichen Brief mit solcher Sorgfalt zu behandeln, daß dessen Verbleiben nachgewiesen werden könnte. Die Versender von Geldern werden daher wiederholt dringend aufgefordert, den Inhalt solcher Sendungen zu deklariren. Die dafür zu zahlende Gebühr ist im Verhältnis zu dem Werthe der Sendung so mäßig, daß sie gegen die Sicherheit nicht in Betracht kommen kann, welche durch die Deklaration erlangt wird. — Für den Verlust nicht deklarirter Geld- und Werthsendungen wird von der Postverwaltung in keinem Falle Ersatz geleistet. Wer die Deklaration daher unterläßt, hat den für ihn daraus entstehenden Nachtheil lediglich sich selbst zuzuschreiben. Berlin, den 9. März 1849.

General-Postamt.

Inland.

Berlin, den 16. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Legations-Secretairen von Schack, Grafen von Pourtales, Gorgier und von der Schulenburg, Priemern den Charakter als Legations-Rath beizulegen.

Der Landgerichts-Referendarius Engelbert von Fuchs zu Düsseldorf ist auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Der Präsident des Konsistoriums der Provinz Schlesien, von Nechrich, ist nach Breslau abgereist.

Berlin, den 14. März. Das Reichs-Ministerium hat, wie verlautet, am Abend des 12. d. M. eine Note aus Olmütz erhalten, in der Oesterreich erklärt, daß es nicht in der Lage sei, seine Deutschen Provinzen von den anderen zu trennen, dagegen wolle es mit dem Gesamtstaat zum übrigen Deutschland in ein engeres Verhältnis treten und aus allen Oesterreichischen Ländern Abgeordnete zum Staatenhause schicken, an der Vertretung im Volkshause dagegen nicht Theil nehmen.

Schiffseigenthümern in Danzig sind von Seiten der Regierung Anträge gemacht worden, große Schiffe zum Transport von Streitkräften einzurichten und bis zum 26. d. M. im Hafen zu Stettin den betreffenden Behörden zur Disposition zu stellen.

Berlin, den 14. März. Der von der Adress-Commission der zweiten Kammer ausgearbeitete Adress-Entwurf, über welchen die Beratungen wahrscheinlich am 20. d. M. beginnen werden, lautet, wie folgt:

Königliche Majestät!

„Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszustandes hat das Preussische Volk die Feststellung desselben durch die Verfassung vom 5. December v. J. dankbar anerkannt. Auf Grund derselben zum ersten Male versammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Eure Königl. Majestät und festhaltend auf dem Boden der constitutionellen Monarchie sich der Revision dieser Verfassung, — des nunmehr gültigen Grundgesetzes der Preussischen Staaten, — auf dem im Art. 112. daselbst vorgezeichneten Wege mit dem dieser großen Aufgabe entsprechenden Eifer unterziehen.“

„Die in Beziehung auf den über die Hauptstadt verhängten Belagerungszustand uns gemachten Vorlagen werden wir mit geleitet lassen, daß wahre Freiheit nicht ohne gesetzliche Ordnung bestehen kann. In Betreff des außerhalb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreise verhängten Belagerungszustandes sehen wir einer weiteren Mittheilung Eurer Königl. Majestät Regierung entgegen.“

„Die in Aussicht gestellten organischen Gesetze werden wir, dem dringenden Bedürfnis der Zeit gemäß, mit angestrengter Thätigkeit beraten und über unsere Zustimmung zu denselben, so wie zu den vorläufig erlassenen Verordnungen uns entscheiden. Die Ordnung der Gemeinde-Verhältnisse, die zeitgemäße Gestaltung des Unterrichtswesens und der kirchlichen Zustände und die hierauf bezüglichen Entwürfe, namentlich aber die Gesetze, deren schnelle Erlass zur Erhaltung und Förderung der materiellen Wohlfahrt, insbesondere der Regelung der ländlichen und Gewerbe-Verhältnisse so wünschenswerth und nothwendig ist, werden wir ohne Verzug in Betracht ziehen. Mit gleicher Sorgfalt werden wir die

uns Behufs einer gerechten Vertheilung der Staatslasten vorzulegenden Steuergesetze, so wie den Staatshaushalts-Etat für die Jahre 1849 und 1850 und den Rechnungsbericht über die freiwillige Anleihe und die Ausgabe von Darlehnscheinen prüfen.“

„Freudig erkennen auch wir, daß Preußens Heer in den Tagen des Kampfes seinen Kriegsrühm, in schwereren Prüfungen seine Treue bewährt hat.“

„Erfüllt von dem lebhaften Wunsche einer innigeren Vereinigung der Deutschen Staaten, sind wir dem Bestreben Eurer Königl. Majestät Regierung, das große Ziel ihrer Verbindung in einem Bundesstaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu scheuen haben, weil seine Stärke stets eine wesentliche Bedingung der Stärke Deutschlands sein wird.“

„Wir hoffen, daß der Weg der Verständigung aller Deutschen Regierungen mit der Deutschen Nationalversammlung zu einem erwünschten Ziele führen werde.“

„Sollten einzelne Mitglieder des Deutschen Bundes durch die eigenthümliche Zusammensetzung ihres Gebiets, oder aus anderen Gründen sich dem Bundesstaate überhaupt oder für jetzt nicht anschließen, so wird es, wie wir zuversichtlich erwarten, Eurer Königl. Majestät Regierung dennoch gelingen, unbeschadet fortwährender Bundesgemeinschaft aller Deutschen Staaten, die Bildung des engeren Bundesstaates innerhalb derselben zu erreichen.“

„Wir wünschen aufrichtig, daß die Aufkündigung des Waffenstillstandes seitens der Krone Dänemarks keine Störung des Friedens herbeiführe, dessen Erhaltung die freundschaftlichen Verhältnisse Eurer Königl. Majestät Regierung zu den übrigen auswärtigen Staaten verheißt. Sollte jener Wunsch aber wider Erwarten nicht in Erfüllung gehen, so werden wir, wo es die Ehre Deutschlands und Preußens gilt, Eurer Königl. Majestät Regierung in deren Wahrung auf das Kräftigste zu unterstützen bereit sein.“

„Innig beklagen wir den Verlust, welchen das königliche Haus, so wie das Vaterland, durch den frühen Hintritt eines tapfern und hochherzigen Prinzen erlitten, der den alten Ruhm der Hohenzollern auch unter fernem Jonen bewährt hat.“

Königliche Majestät!

„Wir haben unsere Wirksamkeit in dem Bewußtsein begonnen, daß es jetzt mehr als je gelte, voll von Hingebung für die große Sache, der wir uns widmen, dazu mitzuwirken, daß das von schweren Stürmen bewegte leidende Vaterland der Segnungen der Freiheit theilhaftig werde, welche ein Volk nur genießen kann, wenn Gottesfurcht, wenn Achtung vor dem Gesetze, wenn Gerechtigkeit und Gemeinnutz die Träger seines öffentlichen Lebens sind.“

„Möge die Vorsehung, welche die Herzen der Könige, wie die Gesichte der Völker lenkt, Ew. Königl. Maj. und den Vertretern des Volkes ihren Beistand verleihen, daß es uns, wie unseren Vätern, welche in guten wie in bösen Tagen fest zusammenhielten mit ihrem Fürsten, gelinge, auf jenen Grundlagen die Zukunft Preußens und mit ihm Deutschlands unerschütterlich zu begründen.“

Berlin, den 13. März 1849.

Grabow. v. Bodelschwing. Stiehl. Riedel. Groddeck. Immernann. Ulrichs. v. Seckendorf. Graf v. Arnim. Harkort. Ulrich. Graf Renard. Müller. (Siegen) v. Winkler. Danc. Dr. Grün. Rietke. v. Berg. Camphausen. Maclean. Rodbertus. W. Lipski.

— Durch die eingetretene strenge Thorkontrolle ist es gelungen, mehrere verdächtige Personen, welche sich ohne Legitimation, als Spaziergänger, einschleichen wollten, habhaft zu werden.

Berlin, den 15. März. (Staats-Anzeiger.) Die Berliner Vossische Zeitung vom 14. d. M. erwähnt einer Nachricht, daß das Ministerium damit umginge, von den Kammern die Genehmigung zu einer Staats Anleihe von 70 Millionen zu erfordern. Diese Nachricht entbehrt, wie aus zuverlässiger Quelle versichert wird, jeder Begründung.

— Der Terminkalender unserer Criminalgerichte kündigt fast für jeden Tag der nächsten Zeit einen politischen oder einen Prozeß an. Die meisten der auf der Tagesordnung stehenden Prozeße dieser Art stehen mit den Ereignissen der letzten Monate des verflossenen Jahres in näherem oder entfernterem Zusammenhang. Die ihrer Zeit viel besprochene Demonstration gegen das Bürgerrechtsgesetz, der Steuerverweigerungsbeschluß, die berüchtigten „Enthüllungen“, die Vorgänge vom 31. Oktober geben den Stoff zu den nächsten und meist Interesse erweckenden Gerichts-Verhandlungen. Das als Verfasser der „Enthüllungen“ vorgeschobene Individuum soll jetzt bei ernstlicher Vernehmung seine Autorschaft geläugnet haben. — Gegen den kürzlich von der Diebstahls-anlage freigesprochenen früheren Abgeordneten, Rittmeister Kuhr, hat der Staatsanwalt die Appellation eingelegt. — Man erinnert sich wohl noch des Konflikts, der im verflossenen Sommer zwischen Hrn. Feld und dem Staatsanwalt stattfand. Hr. Feld, als Zeuge vernommen, hatte die Eidesleistung verweigert, weil er nicht an Gott glaube. In einem vorgestern verhandelten Civilprozeß sah sich Feld zu der Erklärung genöthigt, daß er fortan schwören werde. Wie er behauptet, werde er seit dem Bekanntwerden jener Eidesverweigerung unablässig mit ungerechtfertigten Schuldandforderungen bedrängt, deren Urheber sich stets zur Begründung der Ansprüche der Eideszuschreibung bedienen. — Nachdem vorgestern eine Abtheilung des Criminalgerichts entschieden hat, daß gegen Excesse von Beamten bei Ausübung des Amtes nicht Widerstand, sondern nur das Recht der Beschwerde zustehe, hat gestern eine andere Abtheilung desselben Gerichts eine entgegengesetzte Entscheidung gefällt. — In unserer Nähe kommen nächstens zwei Konfessions-

prozesse zur Entscheidung: der eine gegen die gesamte Bewohner-schaft der Stadt Dahme, Magistrat und Stadtverordnete nicht ausgeschlossen. Die Beteiligten, 202 an der Zahl, sind des Aufruhrs angeklagt, weil sie im November v. J. durch Plakat die Absetzung ihres Bürgermeisters ausgesprochen haben. Der andere Prozeß betrifft 243 Bewohner von fünf in der Nähe von Briezen belegenen Fischerdörfern. Sie sind angeklagt, ihren Gutsheeren einen Abgabenerlaß abgepreßt zu haben.

— Aus Tangermünde ist uns der Prospekt der „Südaus-tralischen Auswanderungs-Gesellschaft in der Altmark“ zugegangen. Das Ziel der Auswanderung ist Adelaide. Ueber die näheren Umstände der Niederlassung ist nichts erwähnt, und es bleibt dem Einzelnen freie Wahl in dieser Hinsicht. Die Reisekosten betragen nur 80 Thaler (incl. Beköstigung) für die Person, für Kinder die Hälfte und alle Bestimmungen des Comités zeigen von einer verständigen Vorforge. Das Nähere findet man in einer Broschüre: „Der Auswanderer nach Süd-Australien“ 8. 8 Bogen, welche bei G. Doeger in Tangermünde für 7½ Sgr. zu haben ist.

— Der praktische Arzt, Dr. A. Mielaß hierselbst, hat sich der dankenswerthen Mühe unterzogen, das sogenannte Berliner Wunderkind Louise Braun nicht nur längere Zeit hindurch genau zu beobachten, sondern auch über die angeblichen Heilungen derselben sorgfältige Erkundigungen einzuziehen. Er hat das Ergebniß in einer kleinen Broschüre niedergelegt, welche hier im Buchhandel für 5 Sgr. zu haben ist. Das Büchlein verdient Beachtung und wollen wir aus demselben nur bemerken, daß es dem Verfasser nicht gelungen ist, auch nur einen Fall zu ermitteln, wo eine wirkliche Heilung durch die Louise Braun stattgehabt hat. Die Behörden thun übrigens sehr wohl daran, der unschädlichen Wirksamkeit des Wundermädchens keine Hindernisse in den Weg zu legen, so lange kein Betrug oder sonstige strafbare Handlung dabei hervortritt, denn durch das ruhige Gehelassen wird die Sache am ersten einschlafen; auch ist es schon ein gutes Zeichen, daß der Spott sich der ganzen Erscheinung bemächtigt. Man erzählt jetzt schon immer größere Wunder, namentlich von einer Frau, die in Folge eines gläubigen Besuchs gleich bei der Rückkehr — der Verheißung gemäß — von Zwillingen genesen sei. Soviel ist Thatsache, daß selbst aus fernen Gegenden her arme Blinde sich zu dem Wundermädchen herbeibetteln haben; Ref. selbst hat einen solchen Knaben aus der Gegend von Posen gesprochen, aber leider ist es ebenso Thatsache, daß diese armen Blinden ebenso blind heimgekehrt sind, wie sie gekommen.

Breslau, 12. März. Mehrere österreichische Abgeordnete passirten in diesen Tagen durch Breslau. In Ratibor kam am 9. Hr. F. J. aus Wien an. Am folgenden Tage traf ein Commissarius aus Troppau in Begleitung eines anderen Beamten daselbst ein, zeigte dem Bürgermeister einen Verhaftsbefehl gegen F. J. vor, und verlangte dessen Auslieferung. Der Bürgermeister erklärte jedoch, daß er zuvor Verhaltungsbefehle aus Oppeln einziehen wolle. Das Publikum war darüber erzürnt, daß der Bürgermeister das Mandat des Commissarius nur beachtet hatte, der Kreis-Landrath, welcher herbeigerufen wurde, erklärte, daß man, da einmal angefragt worden sei, noch die Antwort der Regierung abwarten müsse. Abends hieß es auf einmal, F. J. sei fort, und das bestätigte sich auch bald. Die näheren Umstände der Entweichung sind unbekannt geblieben.

Halberstadt, den 11. März. Ueber die seit dem November v. J. inhaftirten politischen Gefangenen ist das Urtheil gesprochen: Referendar Vertog wurde zu anderthalb, Wislicenus, Tremper, Schmidt, Betge Jeder zu einem Jahre Festungsstrafe verurtheilt.

Dresden, den 12. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete der Minister die Interpellation über das Ausrücken sächsischer Truppen, indem er erklärte, daß die sächsische Regierung sich ihren Pflichten gegen das deutsche Vaterland nicht entziehen werde, und daß allerdings die Truppen in Anspruch genommen seien, daß aber die Regierung darauf bedacht sei, das Einrücken fremder Truppen in Sachsen abzuwenden.

Weimar, den 7. März. Nach einer heutigen amtlichen Bekanntmachung soll den wieder in größerer Anzahl nach der französischen Grenze eilenden Polen der Durchzug durch das Großherzogthum versagt werden, weil sie in das Innere von Frankreich nicht zugelassen würden. Sie sollen deshalb gleich an der Grenze zurückgewiesen werden.

Oldenburg, den 11. März. Heute feierte Oldenburg das Fest der endlich errungenen Verfassung. Neveille, Glockengeläute und 25 Kanonenschüsse leiteten den Tag ein; dann folgte die Parade des Militärs, welches vor der Kaserne aufgestellt war. Der Eid lautet: „Ich schwöre, eingebend des von mir geleisteten Dienstes, auch die Staatsverfassung treu und gewissenhaft beachten zu wollen, so wahr mir Gott helfe!“ Der General sprach den Eid vor und die Truppen erkannten ihn mit gehobener Hand an. Ein dreimaliges Hoch auf den „konstitutionellen Landesherren“ beschloß den etwas frostigen Akt. Um 10 Uhr war in der gedrängten Lambertikirche Gottesdienst, dem der ganze Hof beizuhnte. Ueber der Kanzel hing zwischen dem Deutschen und Oldenburgischen Wappen eine blaue Fahne mit einem Adler, welcher in den Fängen die Deutschen Grundrechte und unser Staatsgrundgesetz hielt. Pastor Gröning leitete die kirchliche Musikkapelle mit einer Rede ein, die Festpredigt hielt Pastor Greverus. Ein großer Festzug und feierliche Ueberbringung der von Jungfrauen dem Stadtdirektor überreichten Verfassungsurkunde auf's Rathhaus beschloß die öffentliche Feier. Heute Abend ist Festball im Kasino und andern Lokalen.

Röthen, den 12. März. Der konstituierende Landtag hat heute seine Auflösung beschlossen. Nachdem dieser Beschluß gefaßt worden, beschloß der Landtag ferner einstimmig: dem Herzoge durch eine besondere Deputation den Dank der Versammlung für die nach der Sanction der Verfassung gebilligten Landtagsbeschlüsse auszusprechen.

Stuttgart, den 7. März. Das R. Ministerium des Innern hat einen Erlaß an die Oberämter ergehen lassen, betreffend Verwarnung vor der Betheiligung bei einem freiwilligen Anlehen zu Gunsten der Deutschen Republik. Das Anerbieten geht von dem in der Schweiz sich aufhaltenden kommunistischen Flüchtling Becker aus. Der „Schw. Merk.“ hatte eine Beschreibung der Schuldscheine, welche ausgegeben werden, mitgetheilt.

Frankfurt a. M., den 13. März. Die Verathung über den Welcker'schen Antrag wird erst am Freitag beginnen, da der Bericht des Ausschusses nicht vor morgen gegen Abend in den Händen der Abgeordneten sein kann. Der Verfassungs-Ausschuß erklärt sich mit entschiedenem Uebergewicht der Stimmen für den Welcker'schen Antrag; die Minderheit dagegen will einige Punkte der Verfassung, wie §. 1. vom Reiche, das absolute Veto und die Erblichkeit aus dem Ganzen hervorgehoben und dieselben einer demnächstigen besonderen Verathung unterworfen wissen.

Gestern Abend pflogen die Oesterreichischen Abgeordneten abermals unter einander über ihr demnächstiges Verhalten Rath; doch wurde noch kein Beschluß gefaßt. Die nunmehr zurückgekehrten Abgeordneten v. Sommaruga, v. Hermann, Sedschek haben jenen nur den schlechten Trost überbracht, daß leicht eine Volks-erhebung die oktroyirte Verfassung des Kaiserstaates brechen und daß sich dann wieder die Möglichkeit eines Eintritts der Deutschen Lande Oesterreichs in den diesseitigen Bundesstaat eröffnen möchte. Was die drei Abgesandten im Uebrigen von den Absichten der Oesterreichischen Regierung erfahren und hier sehr kleinlaut mitgetheilt haben, läuft auf die Wiederherstellung des Bundestages in Deutschland hinaus. „Vorschläge solcher Art hat gestern Abend noch Herr v. Schmerling eine besondere Note aus Olmütz überbracht.“ Man will, daß auf ein Volkshaus verzichtet, dagegen aber eine Art von Staatenhaus beim Bundestage eingeführt werde, in welchem Deutschland, nach kleineren Verbänden zerplittert, als ein in sich aufgelöstes Ganzes dem einheitlichen und mit dem Präsidium bekleideten Oesterreich gegenübergestellt werden soll. Dieses Verhältniß wurde heute in der Paulskirche als „ein Eintreten des ganzen Oesterreich in den Deutschen Bundesstaat“ von gewissen Personen bezeichnet und empfohlen, während selbst die Linke darüber mitteilend lächelte. (D. R.)

Frankfurt, den 13. März. Die Kurheffischen Husaren und Artillerie werden unsere Stadt verlassen, um nach Schleswig-Holstein zu marschiren.

Wien, den 12. März. Der F.-M.-L. Ramberg, dem man es zuschreibt, daß er den Feldmarschall Windischgrätz zur Anerkennung der Ungarischen Banknoten veranlaßt habe, soll hierher versetzt werden. Wiewohl sich übrigens die Verwundung des Letzteren nicht bestätigt, so erhalten sich die Gerüchte von der Niederlegung seines Obercommandes zu Gunsten des F.-M.-L. Schlik. Man versichert, der Feldmarschall sei nach Olmütz berufen worden.

Der wichtige Konflikt zwischen dem Ministerium und der Militärgewalt erscheint zu Gunsten der Auktorität des ersteren geschlichtet. Der Feldmarschall Windischgrätz erließ nämlich am 9ten d. in Pesth eine Kundmachung, durch welche die Ungarischen 100- und 5-Gulden-Noten zur Annahme an öffentlichen Kassen verboten werden. Diese Ankündigung hat daselbst eine außerordentliche Bestürzung hervorgerufen und jeder Verkehr ist in diesem Augenblick gänzlich unterbrochen. Die Pesther Messe, die ohnedies nur spärlich besucht ist, dürfte in Folge dessen gar nicht abgehalten werden. Kaum steht ein anderes Schicksal den Ungarischen 1 und 2 Gulden-Noten in Aussicht.

Die „Schles. Ztg.“ berichtet, daß in Freiwaldau und dem nahe gelegenen Gräfenberg sämtliche zur Kur anwesende Polen den Befehl erhalten haben, binnen 4 Tagen die Oesterreichischen Staaten zu verlassen.

Das „Const. Bl. a. B.“ enthält folgende Korrespondenz aus Wien, den 9. März. Mögen die ministeriellen Blätter von dem Glanze der Beleuchtung, von dem allgemeinen Jubel der Bevölkerung über die Auflösung des Reichstages sprechen wie sie wollen, mögen die kleineren Blätter ihr soziales Hallerluth anstimmen, ich schreibe Ihnen als gewissenhafter Berichterstatter und als Mann von Ehre, daß hier eine namenlose Erbitterung herrscht, die von Stunde zu Stunde steigt, je weniger sie die Macht hat, sich zu äußern. Von Kremsier trafen seit gestern Reisende ein, welche die Einzelheiten der Auflösung, die Gefangennahme Prato's und Fischhof's erzählen. Die gegebenen Details, welche von allen in gleicher Weise erzählt werden, das Furchtbare der Ueberraschung, das Räthselhafte des Abschieds, alles das macht ungeheuren Eindruck und läßt uns, wenn auch nicht für die Ruhe des Augenblicks, doch für die Zukunft Schwere und Bitteres fürchten. Fischhof und Prato sind im Kriminalgebäude einlogirt. Die Theilnahme an dem Schicksal dieser beiden Männer, ist allgemein. Prato ist in Wien weniger bekannt, er trat spät in die Reihen der Volksvertreter ein, und sprach selten in der Kammer. Fischhof dagegen, der im März das erste kühne Wort der Freiheit sprach, der als Präsident des Sicherheitsausschusses die Stadt dreimal in einem Tage vor Raub und Mord bewahrte, der im Parlament immer den Weg der Besonnenen ging, und dessen Charakter rein und unbeschadet dastand, hat tausend Herzen für sich, und Alles sieht beklommen dem Resultate seiner Verhaftung entgegen. Er wurde durch einen Verhaftsbefehl des Kriminalgerichts festgenommen, er sah die Soldaten vor seiner Hausthüre in Kremsier, und ging ruhigen Muthes nach Hause. Er fühlte sich wohl von jeder Schuld frei, wie ihn Tausende ungehört absolviren. Und doch muß mehr als Verdacht eines Verbrechens vorhanden sein, wenn das Kriminalgericht einen Verhaftsbefehl gegen eine Person erläßt. Ob das Verhör der Angeklagten vor diesem oder von der Militärbehörde geschehen wird, darüber sind die Stimmen verschieden, wir zweifeln keinen Augenblick, daß die gemischte Untersuchungskommission die Sache vor ihrem Tribunal verhandeln wird, im Belagerungszustande steht ihr dazu unbestreitbar das Recht zu.

Die Oder-Zeitung berichtet aus Krakau, den 12. März: Der hier kommandirte K. K. General Legeditzsch, ließ gestern den Fürsten Stanislaus Jablonowski zu sich rufen, und bedeutete ihn ganz kurz, die Stadtbehörde möge bei dem Gubernium das Ansuchen stellen, „daß die an der Grenze stehenden Russischen Truppen zum Einrücken in Krakau aufgefordert werden,“ um die Ruhe aufrecht zu erhalten, da er (Legeditzsch) mit allem Oesterreichischen Militair nach Ungarn abmarschiren müsse. Der Fürst hat aber den K. K. Generalen erwidert, „die Krakauer würden ein solches Vorgehen nun und nimmer stellen,“ und im Falle die Stadt ganz von Truppen entblößt würde, garantire die Bürgerschaft die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung.

Prag, den 11. März. Hier steht es unruhig aus. Als gestern mehrere Deputirte aus Kremsier hier erwartet wurden, versammelten sich 6—800 Menschen, unter ihnen viele Studenten, auf dem Bahnhofe, und riefen bei Ankunft des Zuges: „Nieder mit Stadion!“ Die Slowanska lipa soll die Verfassungsurkunde feierlich verbrannt haben. Alle Feierlichkeiten, die heute, morgen und übermorgen hier stattfinden sollten, sind abbestellt. Soeben wird ein Ponton zur Verbindung des Stadthofes mit dem Karolinenthal geschlagen. Eine Abtheilung von Rainer-Infanterie ist eingerückt. Es zeigt sich große Hinnneigung zu den Ungarn. Der Belagerungszustand steht in Aussicht.

Prag, den 12. März. Jellachich, der früher von den Elaven bis zum Himmel erhoben ward, wird jetzt allgemein verachtet. Sein Portrait, das früher überall prangte, ist plötzlich verschwunden; man verbrannte es sogar in mehreren Gasthäusern. Die Eigenthümer rissen dasselbe von den Wänden herab — weil sie sich in ihm getäuscht zu haben glauben, denn man hielt ihn hier für ein Bollwerk gegen alle Reaction, und jetzt hat er sich ganz für die Sache des Hofes erklärt.

Das C. Bl. a. B. meldet: Die Einzelheiten, die man jetzt nachträglich über die Auflösung des Reichstages vernimmt, sind der Art, daß man wirklich noch immer um das Wort verlegen ist, mit dem man sie bezeichnen soll. Eine Bande Verbrecher, einen Club von Verschwörern hätte man auf keine schlimmere Weise aufheben können, als die Vertreter der österreichischen Völker. Alle Thüren des Reichstageshauses, alle Gänge, ja selbst die geheimen Gemächer waren mit Militairposten besetzt und nur der Eingang in den Lesesaal und das Vorstandsbureau waren frei. Die Straße von Kremsier bis an den Stationshof hüllte ein mit Patrouillen bedeckt, so daß ein Deputirter vier bis fünf Mal angehalten und inquirirt wurde. Ja selbst auf der Grenzstation von Böhmen noch, in Landskron, befand sich ein Polizei-Kommissar von Wien, der auf die Reisenden invigilirte.

Olmütz, den 10. März. Gestern brachten die Deputationen des Olmützer und Wiener Gemeinderathes Sr. Majestät eine Dankadresse für die verliehene Verfassung dar. — Gestern wurde Rud. lich in Sternberg verhaftet.

Agram, den 5. März. Vom Kriegsschauplatz bei Peterwarbein langen sehr spärliche Nachrichten ein. Die Festung hält sich noch und hatte vor einigen Tagen einen Anfall auf die Belagerungstruppen gemacht, bei welcher Gelegenheit Hauptmann Toth vom Gazitschenbataillon von seiner eigenen Mannschaft getödtet wurde, weil er der erste war, der die Flucht ergriff. Der Anfall aus der Festung soll übrigens nur ein Symptom Gardebataillon hart mitgenommen haben, welches total aufgerieben sein soll. — Bei Segedin sollen bis 40,000 Magyaren unter Damjanic stehen. Die Serben beklagen sich wegen Mangel an Kavallerie und die kaiserlichen Truppen beeilen sich überdies nicht, den „Raizen,“ — welche Benennung unter dem Militair wieder beliebt geworden ist, — zur Hilfe beizuspringen.

Cernowic, den 3. März. Gestern trafen 396 Gefangene, von denen im ersten Bulletin nur 200 gemeldet waren, hier ein und morgen sollen sie weiter nach Galizien escortirt werden. Es sind darunter meistens blutjunge Leute von 16 bis 18 Jahren, mehrere polnische Offiziere und ein weiblicher Adjutant in der Person der jungen poln. Gräfin Dzieduszycka. Unter den Gefangenen versteht fast Keiner die Ungarische Sprache, es sind meistens Polen oder Slowaken, die zu einer Silberhebung in Galizien bestimmt waren.

(C. Bl. a. B.)

Von der Ungarisch-Kroatischen Grenze, 8. März. Eine Privatcorrespondenz der Nov. Lip. Slov. theilt Folgendes mit: Die Truppen Bem's fingen einen Russischen Feldjäger auf, bei dem sich eine Depesche des Russischen Kaisers an den Feldmarschall Windischgrätz folgenden Inhalts fand: „Se. Maj. Kaiser Nicolaus I. geruhte eine Russisch-militärische Assistenz für die Oesterreichische Armee dort, wo es der Fürst Marschall für gut erachte, zu bewilligen. Der Ulass ist zu meinen Händen gelangt und ich erwarte die ferneren diesfälligen Befehle. Im Russischen Lager, am 6. Februar. Engelhardt.“ — In der Bukowina ist der Kriegszustand gemildert worden.

Von der ungarischen Grenze, den 6. März. Aus guter Quelle erfahre ich, „daß der Kaiser in einem eigenhändigen Briefe dem russischen General Lüders für die schnelle Hülfsleistung, welche er den bedrohten Sachsenstädten zu Theil werden ließ, verbindlich dankt,“ übrigens den Wunsch ausdrückt, die russischen Korps möchten das Gebiet des Großfürstenthums räumen, sobald der österreichische Suffurs von 15,000 Mann aus Ungarn angelangt sein werde. — Die Serben, die für Siebenbürgen bestimmt waren, zeigen wenig Neigung dahin zu marschiren. Während Feldmarschall Windischgrätz auf dem Punkte steht, den Theißübergang zu forciren, ist im karpathischen Norden ein fliegendes Korps — angeblich von den Generalen Klappa und Autlich befehligt — welches gegen die Vergnädte sich herabzuwälzen droht und zum großen Schreck aller Slavophilen die Stur-

Hurban'sche Freischaar beinahe ganz aufrieb. Man fürchtet, Hurban sei in Gefangenschaft gerathen. Das Gefecht erfolgte bei Murany; die Ungarn selbst sollen dort in der Stärke von etwa 12 Tausend Mann erschienen sein.

U n s l a n d.

Frankreich.

Paris, den 12. März. Die National-Versammlung votirte zu Anfang der heutigen Sitzung den Gesetz-Entwurf, welcher die Regierung ermächtigt, bis zum 1. Juni 1849 indirekte Steuern und Abgaben zu erheben, und ihr zugleich einen neuen provisorischen Kredit für den Dienst der Monate April und Mai eröffnet. Herr Goudchaux stellte den Antrag, daß die Diskussion des Budgets sofort nach der Votirung des Wahlgesetzes stattfinden. Der Finanz-Minister erklärte sich bereit, das Budget ernstlich und vollständig zu diskutieren. Die Proposition des Herrn Goudchaux wurde hierauf angenommen. Hierauf entspann sich ein längerer Kampf über einen von Herrn Pöppel vorgeschlagenen Zusatz-Artikel, welcher dem Präsidenten der Republik monatlich 50,000 Franken Wohnungs- und Repräsentationsgelder bewilligt, außer den durch die Konstitution bewilligten 600,000 Franken. Herr Laussedat stellte das Amendement, die Befoldung des Präsidenten in zwei Theile zu theilen: 50,000 Franken monatlich als durch die National-Versammlung festgesetztes Gehalt; 50,000 Franken monatlich als Repräsentationskosten. Die erstere Hälfte des Amendements wird einstimmig, die letztere mit 418 gegen 341, dann das Ganze des Gesetz-Entwurfs mit 531 gegen 193 Stimmen angenommen.

Aus Bourges sind über den Prozeß keine neuen Nachrichten da, obgleich am Sonntag Sitzung gehalten wurde. Aus der vorletzten Sitzung haben wir noch einige Zeugnisaussagen anzuführen, die nicht ohne Interesse sind. Der Zeuge Danduran, Vice-Präsident eines Klubs, sagte mehr zu Gunsten als zu Ungunsten der Angeklagten aus; merkwürdig war die Angabe: das Eindringen in die Kammer scheine ihm das Werk unbekannter Menschen gewesen zu sein, die am Ende der Brücke gestanden hätten. Blanqui selbst erweiterte diese Angabe bis zu der Andeutung: die Polizei habe diese Männer hingestellt, die ganze Demonstration sei von der provisorischen Regierung ausgegangen. Diese Annahme aber wird vollständig beseitigt durch das Zeugniß der Zeugen Dantrie, Richter, Bertoglio und Doussot, Polizei-Kommissaire. Aus den Aussagen derselben geht klar hervor, daß von verschiedenen der Angeklagten aufreizende Reden gehalten worden sind, des Inhalts, die National-Versammlung müsse sich vor dem Volke biegen; daß Courtais die Thore hat öffnen lassen.

Das Zeugniß des Polen Paniewski stellt ans Licht, daß die Polen selbst von der Manifestation nichts haben wissen wollen. In der Sonntagsitzung wurden, wie die Indépendance belge kurz anführt, die Zeugen Lahour, Lagrange, Ernst Grogire, Remonfois, Dupré und Buchez vernommen. Schließlich wollen wir aus einer Aussage des Zeugen Polizeidirektors Cartier mittheilen, daß nach der Februarrevolution fünf verschiedene Polizeien in Paris neben einander existirten: eine im Stadthause für den Maire von Paris, eine andere im Luxembourg für die Exekutivkommission, eine im Ministerium des Innern, eine für den Polizeipräsidenten, endlich die Polizei Sobriers. „In dieser Zeit des allgemeinen Mißtrauens, bemerkte Herr Cartier, fürchtete Jeder seinen Nachbar, und wollte besonders unterrichtet sein.“ Man kann daran ein Exempel nehmen!

Spanien.

Madrid, den 1. März. Der politische Chef von Madrid, Zaragoza, und der Bau-Direktor D. J. J. Navarro begaben sich am 27. früh nach Valleras, um den dort erbauten und so eben vollendeten telegraphischen Thurm zu besichtigen, den ersten auf der Linie, welche Madrid mit Valencia verbinden soll. Der Bau ist zu großer Zufriedenheit der Beamten ausgefallen und ein Muster von Solibität und Eleganz. Der zweite Thurm steht in Vacia-Madrid und der dritte in Arganda. Diese Linie wird ungleich brauchbarer sein, als die bereits bestehende, die bis Trun geht. Die Telegraphen-Thürme, welche in Catalonien gebaut werden, und an denen man Tag und Nacht arbeitet, sind eingerichtet, daß sie zugleich als kleine Forts dienen, ist die man eine Besatzung von 20 Mann legen kann. In dem Haupt-Stockwerk gelangt man auf Leitern, so daß, wenn diese weggenommen werden, kein Handstreich gegen den Thurm unternommen werden kann, da alle Berührung nach Außen abgeschnitten ist. Der ganze Thurmbau wird in Kurzem vollendet sein.

Madrid, den 3. März. In Catalonien ist es noch immer unruhig. Am 26. Februar Abends trafen in der Citadelle von Barcelona mehrere hundert Gefangene ein, unter denen sich auch D. José Molins, Joarisi und Andere befanden, welche bei der Niederlage Ameller's gefangen genommen worden. Auch der ehemalige Häuptling Monferat war unter den Eingefangenen.

In S. Lorenzo del Pitius soll, auf Cabrera's Befehl, eine bedeutende Person, die viele Freunde in Catalonien hatte, erschossen worden sein. Der Vize publico, welcher diese Nachricht mittheilt, hält es nicht für rathsam, den Namen des Erschossenen zu nennen.

Der Cronica von Gibraltar vom 21. Februar zufolge, waren aus dem dortigen Hafen am 17ten sieben Englische Kriegsschiffe ausgesegelt, die von Sir Chs. Napier befehligt wurden, und das 34. Regiment am Bord hatten, das einen Theil der Garnison von Gibraltar bilden soll. Der Zweck dieser Expedition war, die Seeräuber, welche sich in der unmittelbaren Nähe des Rif (Afrika) gezeigt hatten, zu vertreiben; doch konnte dies nicht erreicht werden, weil, bei der Erscheinung der Englischen Schiffe, sich an der Küste weder Menschen noch Schiffe sehen ließen. Sir Chs. Napier gab, nachdem er noch bei Melilla (Afrika) angelegt, wo er

eine Besprechung mit dem Spanischen Gouverneur des Platzes hatte, Befehl, nach Gibraltar zurückzugehen, wo er mit seinem Geschwader am 20sten wieder eintraf.

Großbritannien.

London, den 9. März. Lord Palmerston erklärte vorgestern im Unterhause auf den Antrag des Herrn Bantke, die nach dem Lieferanten des königlichen Zeughauses auf Verlangen zurückgegeben und an die Sicilianer verkauft worden, was er, der Staatssekretär des Auswärtigen, gewußt habe. Später habe es ihm schwerer können, und der Englische Regierung sich darüber beiher vom Kabinett den Auftrag erhalten, die nötigen Erklärungen über diese Angelegenheit dort abzugeben. Wenn Herr Bantke über die Sicilianer, welche für Vertheidigung ihrer Rechte zu den Waffen griffen, als Insurgenten bezeichne, so thue er Unrecht. Die Sicilianer hätten seit Jahrhunderten eine Verfassung gehabt, und diese sei vom Könige umgestoßen worden. Was Lord Minto's Einmischung angehe, so sei sie auf Andringen des Königs selbst geschehen.

Es ist bereits des furchtbaren Schiffbruchs erwähnt, durch welchen am 1. März die Englische Bark „Floridian“, von Antwerpen, darunter 50 Frauen und 30 Kinder, an der Küste von Harwich verloren ging. Zwei Tage hatte es heftig gestürmt, aber an Gefahr dachte Niemand. Da erfolgte plötzlich ein heftiger Stoß an einer Sandbank; Kiel und Röhren waren zersprungen, die türmenden Wellen schlugen über das Schiff, alle Passagiere, die auf dem Verdeck waren, mit in das tobende Meer reisend, oder die Unglücklichen in ihren Schlafstellen, wo sie ermattet von der Seerkrankheit lagen, ertränkend. Als keine Rettung des Schiffs mehr möglich war, gab der Capitain Befehl, die Jollen herunterzulassen. Die erste wurde von einer Welle sogleich umgeschlagen, in der zweiten ließ sich der Capitain mit seiner Frau herunter, etwa 30 der Passagiere sprangen nach, und im nächsten Augenblick hatte sie alle das tobende Element verschlungen. Jetzt war jeder weitere Versuch zur Rettung unmöglich; in starrer Verzweiflung taumelten die Uebriggebliebenen auf dem Verdeck, ihr Theuerstes umschlingend. Einige der Matrosen und Passagiere hatten sich an das Takelwerk festgebunden. Nach einer Stunde fielen die Maste über Bord, das Schiff theilte sich in der Mitte und die tobende See allein konnte das Geschrei von hundert Stimmen im Todeskampf überwältigen. Noch hielten sich 12 am Takelwerk, aber 8 davon unterlagen schon in der ersten Nacht. Sie waren erfroren. Die anderen vier, die übrig blieben, um diese schreckliche Scene zu überleben, wurden erst nach 48 Stunden von den Küstenwächtern entdeckt, die ihnen mit ihrem Boote zu Hülfe eilten. Hände und Füße waren erfroren. Von den 4 Geretteten waren 2 Engländer und 1 Schwede (Matrose) und 1 Passagier, ein Deutscher. Letzterer ist wahnsinnig geworden.

London, den 10. März. Lord John Russell hat gestern eine zahlreiche Deputation von Schiffseigenthümern aus Liverpool, Glasgow, Greenwich, Newcastle, Sunderland und anderen Hafenstädten empfangen, welche dringende um Zurücknahme der dem Parlament jetzt vorliegenden Navigationsbill nachsuchten. Lord John Russell hat jedoch eine entschieden abschlägliche Antwort erteilt.

Das von der Deutschen Centralgewalt angekaufte Dampfschiff „Acadia“ ist, unter Führung des Capt. Jackson, gestern von Liverpool nach Antwerpen gebracht worden, wo es seine, in einer Kattischer Gießerei angefertigte, Ausrüstung erhalten wird.

Die Times sagt, Preußen habe auf Lord Palmerston's Anfrage bei den verschiedenen Kabinetten in Betreff einer Gerechtigkeit ihrer Regierung zu Reziprozitätsbewilligungen mit Einsicht auf die dem Parlament vorgeschlagene Aufhebung der britischen Schiffsahrtsgesetze geantwortet, es sei seinerseits zuerst auf dem Wege vorangegangen, welchen England jetzt einzuschlagen geneigt wäre, und die gegenwärtig in der Denkschrift Großbritanniens den Kabinetten vorgelegten Grundsätze seien schon vor dreißig Jahren die Grundlage der Preussischen Gesetzgebung in Seehandelsangelegenheiten gewesen. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses begann die Debatte über die zweite Lesung der Bill zur Aufhebung der bestehenden britischen Schiffsahrtsgesetze. Herr Harries trug auf sechsmonatlichen Aufschub der Bill, bekanntlich so viel als Verwerfung, an und wurde darin von dem Marquis von Granby und Herrn Stanley unterstützt. Für die vom Ministerium eingebrachte Bill diskussion bis Montag ausgesetzt wurde. Die Fortsetzung der Debatte über d'Israeli's Antrag in Betreff der Grundbesteuerung soll, nach einem Abkommen dieses Mitgliedes mit dem Minister Lord J. Russell, erst am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Die Times wünscht Herrn d'Israeli Glück dazu, einen seiner Gaben so würdigen Gegenstand gefunden zu haben, wie sein Antrag in Betreff der Grundbesteuerung, und prophezeit ihm, wenn ihm gelingt, einen Platz in der ersten Reihe der englischen Staatsmänner. Sie seien der Entwicklung des National-wohlstandes besonders nachtheilig durch ihre Höhe und ihr nicht zu berechnendes Schwanken und seien schon dadurch eine Anomalie in England, daß der Besteuerte keine Stimme bei ihrer Vertheilung habe.

Dänemark.

Kopenhagen, den 9. März. Die Rüstungen zur See wie zu Lande werden eifrig fortgesetzt. Gestern und heute haben die Korvetten „Balticien“, „Galathea“, „Gloria“ und „Rajaden“ auf die Rhede hinausgelegt, und jetzt beginnt man mit der Aufstellung der Fregatten. Nach Flibveposten soll der König die große Musterung über die bis dahin segelfertigen Schiffe abzuhalten, welche dann ein oder zwei Tage darauf nach ihren Stationsorten abgehen werden. Das genannte Blatt berechnet die Flottenmannschaft, deren man bedürfen wird, auf 6000 Mann, und glaubt, daß es dessen ungeachtet für die Kauffahrtsschiffe an Matrosen nicht fehlen werde, da man auf den Beistand Schwedens in dieser Hinsicht rechnen dürfe.

Schweiz.

Luzern, den 8. März. Gestern nahm sich der frühere eidgenössische Kanzler v. Amthyn durch einen Sprung in den See das Leben.

Bern, den 6. März. Die Sturmpetition an die Bundesversammlung gegen die Kapitulation mit Neapel ist in vollem Gange. Der Berner Volksverein hat am 3. d. beschlossen, von der Bundesversammlung die sofortige Aufhebung der Militärkapitulationen ohne Entschädigung zu verlangen. Die dahierige Adresse soll allen Volksvereinssektionen mitgetheilt und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dahin gewirkt werden, diese Angelegenheit auf ehrenhafte Weise zu erledigen. — Verschiedene angesehene Blätter der Schweiz sehen den Moment immer näher rücken, wo diejenigen Großmächte, welche mit der größten Integrität an den Verträgen vom Jahr 1815 festhalten wollen, mit der Schweiz abrechnen werden, weil dieselbe ohne Genehmigung der Großmächte den Staatenbund in einen Bundesstaat abgeändert und das republikanische Neuenburg ohne Preußens und der Allirten Zustimmung in die Bundesversammlung aufgenommen habe. Sie rufen: gegen die bald herandringende Gewalt von Außen und die Reaktionsbestrebungen im Innern ist nur ein Mittel übrig: inniger Verband mit den für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.

Privatnachrichten aus Turin melden, man sehe jeden Augenblick dem Ausbruch des Krieges mit Oesterreich entgegen. Der König sei durch seine schwankende Politik zu einer bloßen Null herabgesunken. Die einzige Stütze, die er bisher noch hatte, im Adel und einem Theil des Heeres, habe er fast ganz verloren. An der Grenze von Genua bis zum Lago Maggiore sind gegen 200,000 Mann aufgestellt, und der Oberbefehlshaber Ghrzanowski habe den Plan, mit der ganzen Macht in drei Kolonnen nördlich, westlich und südlich auf einmal zu operiren. Das Korps der Lombarden betrage 30,000 Mann. Die Landarmee und Venedig zählt 16,000 Mann, die Nationalgarde 10,000 und die Marine 6000. Das baare Geld ist rar. Die Sardinische Flotte ist in Ancona und Venedig. Die Französische Flotte des adriatischen Meeres besteht aus einem Dampfer und einer Segelfregatte, welche vor Triest liegen. Der Pluto, der Solon und der Brasier sind vor Venedig. Der Jupiter soll ohne Verzug anlangen. Die Engländer haben nur einige Dampfschiffe vor Triest und Venedig.

Italien.

Rom, den 2. März. Der Römische Contemporaneo meldet, daß der General Zamboni, einer Verschwörung gegen die Republik angeklagt, aus dem Regierungs-Palaste nach der Engelsburg abgeführt worden sei.

Vercena, den 1. März. F. M. L. Hainan hat die Ausfuhr von Geld über die Blokadelinie von Venedig, sowie über den Po verboten. Ein Reichthümerreich von 300 Lire, ein Oesterreicher 10 Lire bei sich führen. Wer eine größere Summe ohne Bewilligung der Militärbehörde trägt, verfällt dem Standrecht und das Geld wird konfiscirt. Wer Collecten oder Unterschriften für Venedig sammelt, oder dazu beiträgt, verfällt dem Kriegsgefeß; desgleichen wer Briefe unter was immer für einer Adresse nach Venedig befördert.

Modena, den 3. März. Die Fastnacht endete hier mit Blutvergießen. Die erste Sängerin, welche mit Oesterreichischen Offizieren Umgang pflog, wurde im Theater ausgezigt. Die dort anwesenden Oesterreichischen Offiziere hieben sofort scharf ein; etwa 15 Personen wurden verwundet, darunter zwei gefährlich.

Neapel, den 27. Febr. Die Verhaftungen mehren sich hier, man sagt in Folge der Entdeckung einer Verschwörung zu Gunsten einer auch hier zu errichtenden Republik. Unerträglich, unbegreiflich und unverzeihlich wird nachgerade der Uebermuth der hiesigen Nationaltruppen; man ist vor deren Mißhandlungen keinen Augenblick weder auf der Straße, noch in den Häusern mehr sicher; der geringste Anlaß genügt zur Erstürmung und innern Verwüstung eines Hauses, wie dies der Advokat Zappolli vor etwa acht Tagen erfahren, wo ein aus dessen Fenstern geworfener kleiner Gegenstand zufällig einen auf der Straße vorbeigehenden Soldaten traf.

Neapel. Ueber die Sicilianischen Verhältnisse widersprechen sich die Nachrichten fortwährend. Erst neulich wurde berichtet, daß die Sicilianer die vorgeschlagenen Bedingungen zur Beilegung des Streites mit Neapel verworfen hätten; jetzt soll der Streit zwischen Neapel und Sicilien beigelegt sein. Diese Nachricht bringt die Gazette du Midi. Nach derselben kehrt Sicilien unter die Herrschaft Ferdinands II. zurück, der dagegen die Konstitution von 1812 und Amnestie gewährt. Diese Nachricht wird auf Grund eines Briefes aus Neapel vom 27. Febr. gegeben. Der Brief fügt hinzu, daß am 29. das Französische und Englische Geschwader nach Palermo abgehen sollten, um dort den königlichen Statthalter und die neue Regierung zu installiren. Es scheint, daß diese Wendung der Dinge dem Französischen Gesandten zu Neapel, Hrn. v. Rayneval, zuzuschreiben ist, der befürchtete, daß Sicilien zuletzt eine Art Englischer Kolonie würde.

Kammer-Verhandlungen.

Achte Sitzung der Ersten Kammer vom 14. März.

Anfang 10½ Uhr. Präsident v. Auerwald.

Nach Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung, welches ohne Erinnerung genehmigt wird, berichtet der Präsident über einige Neuwahlen des Herrn von Schölm (Regierungsrath) und des Grafen Arnim (Minister).

Der Präsident theilt mit, daß, da die der Kammer überwiesenen Räumlichkeiten nicht ausreichen, eine Erweiterung notwendig geworden sei, dieselbe auch nächstens stattfinden werde, da das Staatsministerium im Gouvernementsgebäude Raum gewährt habe, welches sofort durch einen bedeckten Gang mit dem Sitzungslokal verbunden werden würde.

Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Verhandlung über den Adress-Entwurf.

Der Präsident hält es für nicht angemessen, die Verhandlung über §. 9. des Entwurfs auszusetzen. Er glaubt den von dem Minister des Auswärtigen über „ein außerhalb möglicherweise vorkommendes Ereigniß“ gestern gemachten Mittheilungen nicht die Wichtigkeit beilegen zu dürfen, daß man deshalb die gegenwärtige Verhandlung abbrechen könnte.

Der Satz 9. des Entwurfs lautet:

Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung der deutschen Staaten zu einem Bundesstaate le-

ben mit gleicher Stärke in den Herzen aller derjenigen, welche in der Herstellung einer kräftigen deutschen Einheit: d. längst ersehnte Befriedigung des nationalen Bewußtseins und das einzige Mittel erkennen, die deutsche Nation im Innern wie nach Außen zu der Größe und Herrlichkeit wieder aufzurichten, wozu sie nach ihren geistigen und materiellen Kräften und ihrer Lage im Herzen Europa's befähigt ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens drängt, um desto stärker tritt für Preußen der Beruf dazu mitzuwirken hervor. Das Volk, so Preußen wie als Deutsche, wird Ew. Majestät Regierung bei allen Schritten, die jenen hohen Zweck verfolgen, mit seiner vollen Kraftentfaltung unterstützen, und dabei Opfer nicht scheuen. Das Ziel seiner Wünsche wird um so vollständiger erreicht werden, je mehr alle deutschen Fürsten in die Verständigung mit der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt eingehen. Wir, seine Vertreter, erkennen es als unsere besondere Pflicht, durch innere Eintracht, Ordnung und Freiheit, auch nach Außen hin das Vertrauen und das Ansehen, dessen Ew. Majestät Regierung zu einem segensreichen Erfolge ihrer Anstrengungen bedarf, vermehren zu helfen.

Dazu werden mehrere Amendements verlesen und unterstützt: dazu eines von Vinke und Genossen:

Die Kammer wolle beschließen, statt §. 9. zu setzen:

Die von Ew. Majestät gehegten Wünsche für die innigere Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Bundesstaate leben mit gleicher Stärke in dem Herzen des Volks. Die Befriedigung der Sehnsucht nach dem einen Deutschland ist innere Nothwendigkeit. Sie ist entspringen aus der tief begründeten Erkenntniß, daß vor Allem in dieser Einigung alle geistigen und materiellen Fragen, welche unser Vaterland bewegen, gelöst, die mahnenden Bedürfnisse der deutschen Nation in ihrem staatlichen, gewerblichen und Handelsleben befriedigt werden können. Diese Einigung wird das deutsche Volk zu der Größe und Herrlichkeit erheben, zu welcher es nach seiner Lage im Herzen Europa's besonders befähigt und berufen ist. Je mehr der Augenblick zur Verwirklichung dieses Gedankens drängt, desto stärker tritt für Preußen der Beruf hervor, die bis dahin bewiesene Bereitwilligkeit, dazu mitzuwirken, auf das Entschiedenste zu betheiligen.

Sollte dieselbe unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu einer Vereinigung aller deutschen Staaten führen, so wird Preußen die Anerkennung nicht versagt werden können, daß dieser unerwarteten Ausgange von ihm weder herbeigeführt, noch abzuwenden gewesen ist. Wir werden in der Bildung eines engeren Vereins innerhalb des Bundes eine zweckentsprechende Anbahnung des großen Ziels mit Befriedigung erkennen, und Ew. Majestät Regierung in Ueberwindung der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten und Hindernisse mit aller Kraft zur Seite stehen.

Aus der Debatte heben wir nur einige Hauptmomente hervor: Abgeordneter Graf Dyhrn:

Die Frage, die uns beschäftigt, ist die größte, die uns beschäftigt kann, es ist die Frage von dem Deutschland, das nur noch in dem Munde der Dichter zu leben schien, von dem großen herrlichen Deutschland. Ja wahrlich, in gleicher Stärke leben die Wünsche im Herzen des Volkes, wie im Herzen des Königs, die Wünsche, welche dringend, laut unter allen sonstigen Gegenständen im Volke die Einigung Deutschlands fordern. Die Europa Münden ziehen davon, trostlos die Hoffnungen wegwerfend, die sie für Deutschland hegen, die europäischen Staaten sind unter der Wucht der jahrtausendalten Geschichte ermattet. Die Gefahren aber im Westen und Osten, hier vorzugsweise, wo das Naturelement des Volkes von der Intelligenz des Gouvernements zu unserem Nachtheil benutzt wird, können nur durch die Verjüngung Europa's vernichtet werden. Dazu muß sich das Herz Europa's, dazu muß sich Deutschland verjüngen. In unserem Volke ist das Bedürfnis nach der angestrebten Einigung auch gefordert aus materiellen Interessen. Darüber spreche ich nicht. Es kann in den einzelnen Staaten viel in dieser Beziehung geschehen, namentlich in Preußen, aber wie weit sind wir mit solchen Thaten gekommen? Wieviel Mühe hat uns der Zollverband gekostet und wie gering ist seine Ausbreitung gewesen? Wenn in Deutschland von Schutzzöllen oder Freihandel gesprochen wird und von Nationalarbeit, das hat erst einen Sinn? Soll ich noch von den geistigen Vortheilen sprechen? — Deutschland muß einig sein, aber bald. Was ich ausspreche, bezieht sich auf das volle Deutschland. Dies scheint jetzt nicht mehr möglich. Das Amendement, das ich unterbreite, hat gesprochen, es die neuesten Zeitungen bekannt wurden. (Bravo!) Seine Unterzeichner haben den Bundesstaat von jeher sehnlichst herbeigewünscht. Wir wollen den Bundesstaat haben, wenn der große auch nicht möglich ist. Wir schließen keinen aus. Etwa die Süddeutschen? Diese urdeutschen Laute, welche wir aus den Thälern und von den Bergen, die den Brenner und Glockner umgeben, hörten, haben an unser Herz gegriffen, wir lieben die süddeutschen Brüder. (Bravo allerseits.)

Wenn die Feinde die Einheit Deutschlands mit Mißgunst betrachten, das darf keinen deutschen Mann schrecken, am wenigsten einen Preußen. Denken Sie an den Marquis von Brandenburg und das böhmische Lächeln, mit dem sein Erscheinen empfangen worden, denken Sie aber auch daran, wie die Schlacht von Mollwitz jenes Lächeln verwandelt machte. Meine Herren! Wenn wir unsere Pflicht thun, wenn Frankfurt seine Pflicht thut, wenn jeder deutsche Mann seine Pflicht thut, dann wißt ich nicht, was uns erschrecken sollte;

(Stürmisches Bravo von allen Seiten der Kammer und Tribünen.)

In den übrigen Theilen Deutschlands dürfte die Meinung, daß in Preußen ein Geist des Uebermuths, der Unterdrückung herrsche, durch die neueste Geschichte widerlegt und damit ihre Abneigung überwunden sein.

Auch in Preußen ist das im Laufe des vorigen Jahres hier und da aufgetauchte Widerstreben nur ein Streben, die eigene Selbstständigkeit auch in dem großen Ganzen zu bewahren.

Der Redner spricht sich für die in der Kollektivnote Preußens und anderer deutschen Staaten enthaltenen Vorschläge gegen ein Bundes-Direktorium, dem er den alten Bundesrat vorgezogen würde, aus, und schließt sich dem Vorredner an in dem Ausdruck des größten Schmerzes über die neueste Gestaltung des Verhältnisses zu Oesterreich. Er hofft, daß auf dem von Preußen eingeschlagenen Wege alle deutschen Staaten zum Anschluß an den Bundesstaat geführt werden, da die materiellen Interessen ihn forderten, die religiösen Verschiedenheiten aber keinen Grund zur Abneigung mehr geben könnten.

Zum Schluß erklärt sich der Redner für das Amendement von Vinke und Genossen, welches durch die neuesten Ereignisse motivirt ist.

Abgeord. Rosenkranz: Ich bin für den Adress-Entwurf und gegen das Vinke'sche Amendement.

Es ist leicht, über Oesterreich den Stab zu brechen, leicht, sich durch dessen Rechtfertigung in den Schein zu bringen, als sei man ein Feind deutscher Einheit. Was wir an Oesterreich haben, ich will hoffen, was wir an ihm gehabt haben, war die machiavellistische Politik seines Metternich. Wenn aber durch die Macht der Verhältnisse deutsche Stämme gezwungen werden, sich von Deutschland loszulösen, so ist das ein Unglück, kein Grund zum Haß. Die Real-Union des österreichischen Kaiserthums ist notwendig, der österreichische Staat ist eine eng zusammengebaute Totalität. Ja Oesterreich hat für Deutschland eine Mission nach Südosten hin, so wie Preußen seine volkspädagogische Aufgabe nach Nordosten hin. In dieser Hinsicht spricht sich die Adresse schonend aus, was nach meiner Meinung ein Vorzug ist. Es besteht in Preußen noch ein Unterschied der Provinzen, so einer der alten Provinzen gegenüber der Rheinprovinz und Westphalen, und es ließe sich denken, daß diese getrennt lebten, ebensogut wie Hannover; wir haben deshalb für wünschenswerth gehalten, im Entwurf bestimmt auszuweisen, daß alle Preußen den Wunsch nach der deutschen Einheit hegten. Abgeordneter v. Vinke: Wenn es schon den absoluten, neben einander stehenden Fürsten Bedürfnis war, zur gegenseitigen Unterstützung den deutschen Bund zu schließen, so erfordert noch vielmehr das weit bewegtere Leben der konstitutionellen Staaten, das dadurch herbeigeführt

viel stärkere Ineinandergreifen der Verhältnisse der verschiedenen Staaten einen festen Bund, eine Gewalt, die in allen gemeinsamen Ordnung und Freiheit erhält.

Ich verhehle mir nicht, daß dieser Einheit die Souveränität der Einzelstaaten entgegensteht, doch ich hoffe, daß diese Zeit gerade zu der Erkenntnis führen wird, daß die dynastischen Interessen nicht das Vorherrschende sind, daß die Dynastien nicht bestehen können, wenn sie nicht Befriedigung in dem Wohl der Völker suchen.

Die Antipathien der verschiedenen Völkerrassen werden schwinden, wenn sie nicht künstlich und absichtlich aufgeregt werden.

Blicken wir auf die jetzige Lage, so haben wir der Frankfurter Versammlung alle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; nur hätte ich gewünscht, sie wäre immer auf dem Wege der Verständigung und Vereinbarung geblieben. Diesen Weg hat unsere Regierung angebahnt.

Auch nicht die Verträge von 1815 werden uns im Wege stehen, denn ich glaube nicht, daß Staatsverträge uns auf ewige Zeiten binden können. Wenn Fürsten und Völker mit einander gehen, wer sollte sie an der inneren Ordnung ihrer Verhältnisse stören?

Ich komme noch einmal auf Oesterreich zurück. Ich bin persönlich auf das Engste mit Oesterreich verbunden, ich liebe sein gemüthliches Volk, sein tapferes Heer, und wünsche deshalb das innigste Bündnis zwischen dem kaiserlichen Oesterreich und dem föderativen Deutschland. Alle Regierungen haben ein gemeinsames Interesse, das der öffentlichen Ordnung und der Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit, für Deutschland ist das Mittel dazu die Gründung des Bundesstaats.

Die dieser sich gestalten soll, darauf will ich nicht weiter eingehen, nur das Eine will ich erwähnen: wenn das deutsche Volk den Mann an seine Spitze stellt, der jetzt Preußen regiert, dann können wir wohl sagen, es habe gut gewählt, indem es die Hohenzollern sind, die stets volksthümlich gehandelt haben, die stets zu der Wahrheit der Demokratie sich bekannt haben, daß des Volkes Wohl des Fürsten Glück ist.

(Vielseitiges Bravo.) Abgeordneter Brüggemann: Das Maßlose auf der einen Seite und das parturient montes ist auf gleiche Weise bei der Behandlung der vorliegenden Frage zu vermeiden. Das Maßlose würde ich zu finden glauben darin, wenn die Brüder, welche wir gern in dem Bundesstaat haben, durch Zwang dahin gebracht würden, einzutreten. Wegen des Abbruchs eines Theils der Hoffnungen wollen wir unser Streben nicht aufgeben, zugleich die Liebe gegen den Bruder, der da draußen bleibt, nicht verlieren. Diese ist das beste Mittel, ihn zu uns heranzuziehen. Es sind konfessionelle Sympathien und Antipathien für und gegen Preußen erregt worden. Wie lange will man ein altes Mißtrauen hegen? (Bravo.) Die Zeit des Vertrauens ist gekommen, die Regierungen sind jetzt den Völkern zugewandt und deren Wünschen, das ist auch ihre Pflicht. Dafür ist es aber auch die Pflicht der Völker, den Regierungen zu vertrauen. Konfessionelle Befürchtungen oder Hoffnungen an die Empörung des Königs auf den deutschen Thron zu knüpfen oder solche Gefühle auszusprechen, das heißt Streit säen. (Bravo.)

Das will ich hinausprechen in die Welt, damit man sehe, wie hier über diesen türkischen Streit gerichtet wird. (Stürmisches Bravo.)

Schließlich erkläre ich mich für den Entwurf, welcher mir am deutlichsten die allgemeinen Wünsche zu enthalten scheint.

Abgeordneter Stahl: Ich theile die Begeisterung für ein einiges Deutschland, aber ich bin ebenso begeistert für das gute alte Recht in Deutschland und für die fürstliche Autorität. Dies spricht mein Amendement aus. Das Bindeband, das wohl die meisten Sympathien hier finden dürfte, scheint mir am wenigsten zweckmäßig, da der Regierung keine Rathschläge gegeben werden können ohne Vorlagen, welche speziell die Verhältnisse darstellen. Ein Bundeshauptes bedarf Deutschland und dies muß Preußen sein. Nach den Frankfurter Beschlüssen sind die deutschen Fürsten nahe daran, erbliche Präfecten für Frankfurt zu werden. (Zischen links.) Die Fürsten sind der Volksvertretung und der Centralgewalt ganz unterworfen, die Circularnote hat davon etwas gemildert, indes zu wenig. Die Könige Deutschlands können auf diese Stellung nicht eingehen, sie zu zwingen, ist unmöglich. Den Fürsten ist doch nicht zugumuthen, auf die legislatorische Gewalt zu verzichten. (Bravo.)

Das Direktorium ist ein unglückliches Mittel, es giebt wohl noch andere; vielleicht sind diese in der Möglichkeit gelegen, die Frankfurter Beschlüsse zu modifizieren. (Zischen links.) Ich bin der Ansicht, daß das monarchische Prinzip im Ganzen erschüttert würde, wenn man den kleineren Fürsten ihre Souveränitätsrechte raubte. Die kleineren Fürsten könnten sich freilich im Nothfall an Oesterreich oder an das Ausland lehnen (Zischen), wodurch freilich die Zerstückelung noch größer würde. In dieser schwierigen Lage darf man der Krone ohne gründliche Ueberlegung und ohne die Mittel derselben keine Rathschläge geben, wenn ich auch zugebe, daß man in dem Augenblick die Vereinigung Deutschlands nicht hindern, nicht aufhalten darf. Die Frankfurter Versammlung hatte von ihrem Ursprung an nur zu vereinbaren (Zischen links), während sie freilich sich die Souveränität meistens zuschrieb. Wenn eine „Verständigung“ der Regierung empfohlen wird, so ist das kein bezeichnendes Wort für diese Theorie. Das deutsche Volk hat sich in Frankfurt die Macht über die Fürsten angemaßt. (Zischen u. Bravo.)

Der Präsident verschafft dem Abgeordneten Stahl das durch den Lärm entzogene Wort.

Abgeordneter Stahl (fortfahrend): Wir sind, wenn dies Prinzip durchgeht und Macht gewinnt, nicht republikanisch, nein revolutionär. Wenn die Fürsten nicht, sondern das Volk den Kaiser krönt, wer bürgt dafür, daß wir nicht unter der Herrschaft der Demokratie gerathen, wie einst das Reich unter der Herrschaft des Papstes lag, der einst Karl dem Großen die Krone gegeben. Soll Preußen an der Spitze des

Reiches stehen, so muß es das Banner der Gerechtigkeit vortragen, welches von jeher das Banner des Reichs gewesen. Deutschland ist jetzt in so großer Gefahr, wie in den glorreichen Jahren der National- Erhebung von 1813 u. s. w., möge es, wie damals gegen den fremden Eroberer, sich jetzt gegen die Enstümmung und Gefesseltigkeit erheben, möge ihm dabei Preußen unter Gottes Beistand so voranleuchten, wie damals. (Bravo und Zischen.)

Abgeordneter Baumstark (dem Hansmann den Vorrang abgetreten): Ueberrascht hat mich bei dem Bedürfnis des Volks, der Nation nach Einigung, die Behandlungsweise des Abgeordneten Stahl. Das deutsche Volk ist in großer Gefahr, die Theorien des Herrn Stahl werden es nicht retten. (Starkes Bravo links.) Ich bin kein Gegner der fürstlichen Gewalt, ich ehre sie und bin für keinen Anarchisten bekannt; das deutsche Volk aber ist groß und selbstständig, wie will man sagen, daß unter allen Umständen die fürstliche Macht über dem Volke stehe. Das heißt das konstitutionelle Prinzip leugnen. (Bravo.) Die Frankfurter Versammlung hat, das ist wahr, das Vereinbarungs-Prinzip von sich gestossen, man kann dafür mit juristischem Scharfsinne Tadel aussprechen. Steht man dabei aber auch auf dem Boden der Gegenwart und einer humanen Politik? Ich glaube nicht. Allerdings hat die National-Versammlung ihren formellen Grund im deutschen Bunde, aber sie steht an dem wiedererwachenden politischen Latte seiner Fürsten mit dem einen Fuße, mit dem andern auf dem Rechtsbewußtsein und dem Begehren des Volkes.

Noch ist die Entscheidung nicht erfolgt, noch ist ja eine Verständigung möglich. Volkssouveränität, welche auf den Straßen gepredigt wird, habe ich, es giebt aber eine, die wahrhafte, die ewig bleibt, so lange es Menschen giebt, deren Formen nur mit der Verfassung wechseln. Ich frage aber nicht, werden wir von unten oder oben regiert? Ich frage: wird unser Land terrorisiert, sei es von oben oder von unten, oder ist es frei? (Bravo!) Das wissen heute die Fürsten verstehen, sonst sind sie unmöglich. Es ist gesagt, die Fürsten haben die Anarchie gedämpft, nein, meine Herren das hat das Volk gethan. Die deutsche Nation ist voll hoher Sittlichkeit, wodurch es alles Falsche, wenn es auch minutenlang Eingang findet, wieder ausstößt; das Volk hat auch die nationale Erhebung im Anfang des Jahrhunderts gemacht, und nicht ist es eine Mächtenwelt der Fürsten gewesen. Ich bin aus Prinzip konstitutionell, dafür werde ich leben und dafür werde ich sterben, als Feind aller Derer, die nach dieser oder jener Richtung zu weit gehen.

(Bravo! Bravo!) Schluß der Debatte. Der Verbesserungs-Antrag wird einstimmig angenommen. Somit ist jede fernere Abstimmung unnöthig. Schluß 2½ Uhr. (Nächste Sitzung Morgen um 10 Uhr.)

Locales 2c.

○ Von der Lubieszka, den 14. März. Der Herr von Lipski und der Graf Cieszkowski haben die am 5. v. M. in Pleschen auf sie gefallene Wahl nicht angenommen, und ist deshalb die Neuwahl zweier Deputirten für die 2. Kammer am 29. d. M. in Pleschen bestimmt. — Sie sehen also, daß die Nachricht des Berliner Correspondenten, wonach Graf Reichenbach auf Lipski's Empfehlung gewählt sei, sich erst zu bestätigen habe, denn Lipski ist bloß für Pleschen und Kretschin gewählt worden, und hat für letzteren Kreis die Wahl angenommen. Es scheint uns nicht recht gut denkbar, daß Reichenbach in Pleschen aus der Wahlurne als Deputirter für die zweite Kammer hervorgehen werde, weil es im Kreise noch Polen genug giebt, daß aber die Linke einen Zuwachs von zwei Mitgliedern erhalten werde, bezweifeln wir keineswegs. — Gegen die am 5. Februar stattgehabte Wahl der Deputirten, haben die Deutschen des Kreises ohne Erfolg wegen Formschler protestirt. Es läßt sich erwarten, daß bei der am 29. d. M. Morgens 8 Uhr vorzunehmenden Wahl ein würdigeres Benehmen beobachtet werde. Die Einladung der Wahlmänner enthält nämlich folgende Bemerkung: „Hierzu ist ein Termin auf den 29. d. M. in der Reitbahn der hiesigen Garnison angesetzt, zu welchem Sie mit dem Bemerken ergebenst eingeladen werden, daß der Eintritt in das Wahllokal nur gegen Vorzeigung dieser Vorladung gestattet werden wird,“ was wir aus dem Grunde freudig begrüßen, als wir wissen, daß die exaltirten Polen jetzt nicht mehr so viel Einfluß haben, wie früher.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Letztes Wort.

Ich besitze nicht so viel Vermögen, um so unnütze und kostspielige Inserate in den Zeitungen zu erlassen, wie Herr v. Schreeb. Aber selbst wenn ich das Geld und die Lust dazu hätte, würde es mir unmöglich seyn, überzeugend die Vermuthung zu widerlegen, daß ich der Verfasser des den genannten Herrn geschäftig angreifenden Artikels der Kreuz-Zeitung gewesen. Ich könnte dies nur durch den Beweis, daß ich nicht der Verfasser und Rega-

tive der Art lassen sich meinen Verstandeskraften nach nicht positiv beweisen. Posen, den 16. März 1849. Hirsch.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 18. März e. werden predigen:
Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Pred. Friedrich. — Nm. Hr. Prediger Schönborn.
Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Confist.-Rath Dr. Siedler.
Garnisonkirche. Vm.: Hr. Wilh. Oberpred. Riese.
Christkathol. Gemeinde. Vor- und Nm.: Herr Pred. Post.
Evangel.-lutherische Gem. Vor- und Nachm.: Hr. Pastor Dr. Frank.

In den Pfarochien der genannten Kirchen sind in der Woche vom 15. bis 15. März 1849:

Geboren: 6 männl., 4 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 9 männl., 8 weibl. Geschl.
Getraut: 2 Paar.

Markt-Bericht.

Berlin, den 15. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 54—58 Rthlr. Roggen loco 25—26 Rthlr., v. Frühjahr 82 Pfund. 24 Rthlr. Br., 23½ S. Mai/Juni 24½ Rthlr. Br., 24½ S. Juni/Juli 26 Rthlr. Br., 25½ S. Juli/August 26½ Rthlr. Br., 26 S. Rübsen loco 13½ Rthlr. bez. u. Br., 13½ S. pr. diesen Monat dto. pr. März/April 13½ a ¼ Rthlr. verk. u. Br. April/Mai 13½ Rthlr. bez. u. Br. Mai/Juni 13½ Rthlr. Br., 13½ S. Juni/Juli 13½ Rthlr. Br., 13½ S. Juli/August 13½ Rthlr. Br., 13½ bez. August/Sept. 13½ Rthlr. Br., 13½ bez. Sept./Oktober 13 Rthlr. Br., 12½ S. Leinöl loco 11 Rthlr. Br., Lief. pr. April/Mai 10½ Rthlr. Br., ½ bez.

Spiritus loco ohne Faß 14½ Rthlr. verk., pr. März 15 Rthlr. pr. Frühj. 15½ Rthlr. bez. u. Br., 15 S. Mai/Juni 15½ Rthlr. Br., 15½ S. Juni/Juli 16½ Rthlr. Br., 16 S.

Posen, den 16. März. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80½ Tralles 12½ — 12½ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 15. März 1849.

	Zinsf.	Brutto	Gold
Preussische freiw. Anleihe	5	—	76½
Staats-Schuldscheine	3½	—	98½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	87½
Berliner Stadt-Obligationen	5	98½	85½
Westpreussische Pfandbriefe	3½	85½	96½
Grossh. Posener	4	—	90½
Ostpreussische	3½	81	98½
Pommersche	3½	92½	—
Kur- u. Neumärk.	3½	92½	—
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	13½
Friedrichsd'or	—	12½	12½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	—
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	72½
Prioritäts-	4	87	—
Berlin-Hamburger	4	—	51
Prioritäts-	4½	91	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	54
Prior. A. B.	4	—	83
Berlin-Stettiner	4	—	86
Cöln-Mindener	3½	—	74½
Prioritäts-	4½	92	91½
Magdeburg-Halberstädter	4	109½	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71½
Prioritäts-	4	85½	—
III. Serie	5	93½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	91½
B.	3½	—	91½
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	—	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	48½
Thüringer	4	—	70½
Stargard-Posener	3½	—	—

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Verantw. Redakteur: G. Hensel.

Stadt-Theater.

Sonntag den 18ten März zum Erstenmale: Alessandro Stradella, oder: Die Nacht des Gefanges; romantisch-komische Oper mit Tanz in 3 Akten von W. Friedrich, Musik von F. v. Flotow.

Gestern Abend 10½ Uhr starb, am Tage einer zwei und zwanzigjährigen glücklichen Ehe, mein innigst geliebter Mann, der Apotheker Johann Friedrich Weigel, in einem Alter von 53 Jahren an Lungenlähmung. Diesen für mich und meine vier noch unmündigen Kinder unerseßlichen Verlust beehre ich mich allen seinen Freunden und Bekannten, um Hilfe Theilnahme bittend, im tiefsten Schmerz ganz ergebenst anzuzeigen.

Samter, den 15. März 1849.

Charlotte Weigel geborne Kraft.

Edictal-Citation.

Nachstehende Personen:

- 1) der am 11ten Juli 1799 zu Parchwitz geborene Oekonom Heinrich Friedrich Albert Schimmelpfennig von der Ohe, welcher von 1818 bis 1821 beim 2ten (Leib-) Sufaren-Regiment gedient, und sich vom August 1821 bis November 1828 zu Reichen, Kreis Ramlau, als Oekonom aufgehalten, seit 1829 aber nichts mehr von sich hat hören lassen;
- 2) der seit 50 Jahren verschollene Christian Berger, zuletzt zu Schildau bei Hirschberg ansässig, dessen nähere persönliche Verhältnisse nicht bekannt sind;

3) Der Böttcher Johann Gottfried Rimay aus Simsdorf, Trebnitzer Kreises, von welchem die letzte Nachricht im Jahre 1830 aus Cöln am Rhein eingegangen; sowie deren unbekannte Erben und Erbesnehmer, werden zum Termine den 20. Oktober 1849 Vormittag 11 Uhr vor dem Oberlandes-Ger.-Referendarus Niederketter in unser Partheizimmer Nr. II. mit der Anweisung vorgeladen: sich vor oder im Termine schriftlich oder persönlich zu melden, unter der Warnung, daß die unter Nr. 1. 2. und 3. bezeichneten Personen sonst für todt erklärt, die mit vorgeladenen Erben aber mit ihren Ansprüchen an deren Nachlaß werden ausgeschlossen werden. Breslau, den 30. September 1848.

Königliches Oberlandes-Gericht.
Erster Senat.

Nothwendiger Verkauf.

Lands- und Stadtgericht zu Trzemeszno.

Das zu Trzemeszno unter No. 139. belegene Haus der Casimir und Marianna Lepkowskischen Eheleute nebst Zubehör, abgeschätzt auf 6633 Rthlr., soll am 5ten November 1849 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind in der Registratur einzusehen.

Der Obst-Garten und das Gartenland in Urbanowo, ist auf ein oder mehrere Jahre zu verpachten. Näheres daselbst.

Montag den 19ten März Nachmittags 3 Uhr werden im Hofe des Katharinen-Klosters gegen 100 Paar alte Stiefeln und altes Messingzeug gegen gleich baare Bezahlung, erstere im Ganzen oder im Einzelnen, an den Meistbietenden versteigert werden.

Posen, den 14. März 1849.

G o l d,

Major und Bataillons-Kommandeur.

Ein gewandter Kellner wird verlangt. Näheres zu erfragen beim Oekonom in der Loge.

Ein großes Fischnetz, Secklänge 60', breite Flügel 312' lang und 25 bis 30' Höhe, nebst 2 starken Taunen, 180' und 292' lang, und 2 Raben, alles wohl erhalten, wird auf dem Vorwerk Semmrig bei Schwerin a/W. am 24ten März d. J. Vormittags 10 Uhr öffentlich meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Für Herren: die neuesten Pariser Hüte, für Damen: die neuesten Sonnenschirme empfehlen billigst:

Gebrüder Aisch,

Große Markt- und Neustraße No. 70.


Sauben- und Sutbänder
zu herabgesetzten Preisen empfiehlt
Simon Kog, Wilhelmstr. No. 10.

Münberger Leckerle.

Eine Sorte Pfefferkuchen, sehr schmackhaft, à Pfund 10 Sgr.

Berliner Fruchtbonsbons

à Pfund 15 Sgr. empfiehlt
Neustraße. Ludwig Johann Meyer.

 Eine Sendung großer hochrother süßer Messinaer Apfelsinen und Citronen habe erhalten, und offerire selbige billigt. Tower Rüben, Magdeburger Sauerkohl und Tilsiter Käse empfiehlt

J. Ephraim, Wasserstraße 2.